

Tagesbote für Untersteiermark.

Pränumerationspreis für Marburg.
 Monatlich fl. 70 kr.
 Vierteljährig 2 „ 10 „
 Aufstellung monatlich „ 15 „
 Einzelne Nummern 4 kr.

Organ der liberalen Partei.
 Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
 Manuscripte werden nicht zurück gesendet.

Pränumerationspreis mit Post:
 Monatlich 1 Gulden.
 Vierteljährig 3 „
 Ganzjährig 12 „
 Inseratgebühren 6 kr. pr. Zeile.

N^o. 154.

Marburg, Samstag 19. November 1870.

IX. Jahrgang

Parlamentarisches.

(Wien III. Sitzung des Herrenhauses.) Gegenstand der Tagesordnung ist die Spezialdebatte über den Adressentwurf; nachdem die ersten zwei Absätze ohne Debatte angenommen, stellt Graf Falkenhayn zum dritten ein Amendement, welches ein ausgeprägt föderalistisches Programm enthält. Er will unter Aufrechthaltung der Prinzipien der Verfassung die Ausöhnung aller österreichischen Völkerstämme nicht durch Vergewaltigung, sondern durch Verständigung unter denselben erzielt sehen.

Fürst Auersperg kommt auf die böhmischen Wahlen zurück und erklärt sich gegen das Falkenhaynsche Amendement, dessen Annahme derselbe mit der Stellung des Herrenhauses als Hort der Verfassung unvereinbar findet.

Ritter v. Schmerling verwahrt sich gegen den Vorwurf der Zentralisation und erklärt die von Potocky hervorgehobene Verständigung für ein unerreichbares Reibelgebilde.

Baron Petrinio vertheidigt sich gegen persönliche Angriffe, sucht die Politik des Ministeriums zu rechtfertigen.

Graf Rechberg stellt die Behauptung auf, die Zentralisation müsse sich auf die Agenden der höhern Regierung beschränken.

Graf Taaffe vertheidigt die Haltung der Regierung gegenüber den Wahlen in Böhmen.

Justizminister Schabuschnigg findet die Haltung der Regierung gegenüber den Landtagen ganz korrekt, insbesondere sucht er in längerer Rede den Beweis für die Unmöglichkeit einer andern Stellung der Regierung gegenüber jenem spärlichen Bravos von der rechten Seite den Beifall des Hauses nicht zu erringen.

Hofrath Unger weist die Unhaltbarkeit der Argumente des Justizministers schlagend nach und schließt unter großem Beifalle des Hauses, die Worte Göthls auf die Haltung des Ministeriums Potocky anwendend mit dem Bitate aus Hermann und Dorothea: „Der Mensch, der in schwankender Zeit noch schwankend gesinnt ist, der vermehrt das Uebel und breitet es weiter und weiter; aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich.“

Fürst Auersperg kommt wiederholt auf die inkorrekte Haltung der Regierung gegenüber den Wahlen in Böhmen zurück.

Nachdem der Schluß der Debatte angenommen wurde, resumirt Graf Auersperg in einer markigen, von häufigem Beifalle des Hauses unterbrochenen Rede die für die Adresse vorgebrachten Argumente und beantragt deren Annahme en bloc, welcher Antrag mit überwiegender Majorität angenommen wird.

Die nächste Sitzung findet den 18. d. M. statt.

(Abgeordnetenhaus IX. Sitzung.) Dr. Klier begründet seinen Antrag wegen Verschiebung der Delegationswahl besonders durch die Rücksicht auf den Umstand, daß die Wahl in der böhmischen Abgeordneten noch nicht verifizirt seien; es sei nöthig, daß sich das Abgeordnetenhaus über die innere und äußere Politik früher ausspreche, bevor in den Delegationen die für Oesterreich jedenfalls höchst wichtigen Beschlüsse gefaßt werden. Er beantragt Zuweisung seines Antrages an den Adressen-Ausschuß, der binnen 24 Stunden mündlich Bericht zu erstatten hat.

Wird angenommen.

Es folgen erste Lesungen und die Wahl des Schulausschusses.

Jene Wahlen aus Böhmen, gegen welche keine Anstände vorliegen werden verifizirt.

Nächste Sitzung am 18. November.

Dr. Sturm hat den sehr umfangreichen Adressentwurf vollendet, gegen denselben stimmten nur die Polen; es könnte dessen Berathung somit in einigen Tagen beginnen.

Zeitungschau.

Die „Politik“ erhebt vom Standpunkte der Slaven und der staatsrechtlichen Opposition in Böhmen einen ungemein energischen Protest gegen die österreichisch-ungarische Auffassung der orientalischen Frage; insbesondere gegen die ungarischen Blätter, in deren Sprache ungemein leidenschaftlich. Außer den Polen seien alle slavischen Stämme einstimmig in ihrem Verdammungsurtheile einer Politik, welche zu einem Kriege mit Rußland führen würde; ein solcher Krieg würde den angestammten Sympathien und den edelsten Interessen der slavischen Bevölkerung Oesterreichs widersprechen. Zum Schluß warnt die „Politik“ jene Männer, welche auf Oesterreich-Ungarns Geschicke einen maßgebenden Einfluß üben, die orientalische Frage nicht in Fluß zu bringen, sie könnte in eine österreichische Umschlagen; es könnte ihnen wie Göthls Zauberlehrlinge geschehen, der die beschwornen Geister nicht mehr zu bannen vermochte.

Das „Vaterland“ unterzieht sowohl den Verfasser, Grafen Auersperg (Anastasius Grün) als die Adresse des Herrenhauses einer scharfen Kritik, nach seiner Ansicht sind Dichter nicht berufen in das Gebiet der Politik einzugreifen, weil sie die Illusion von der Wirklichkeit nicht zu unterscheiden vermögen. In merito insbesondere bekämpft das „Vaterland“ die Behauptung der Adresse, der Reichsrath und die vereinigten Landtage hätten nicht aufgelöst werden sollen. Im weiteren Verlaufe wird die Haltung der neugewählten Landtage von Böhmen, Tirol und Krain in längerer Erörterung zu rechtfertigen gesucht. Zum Schluß finden wir die Behauptung aufgestellt, daß die Adresse die Intentionen der staatsrechtlichen Opposition absichtlich fälschte; denn diese habe nie die Zerstückelung historischer und die Bildung nationaler Gruppen befürwortet (und die Zerstückelung Steiermarks, die Bildung eines Königreiches Slovenien? ein Vorwurf, welcher sich somit bei genauer Betrachtung als exquisite Lüge entpuppt. A. d. R.)

Die „Presse“ lobt den Adressentwurf des Abgeordnetenhauses ob seiner, trotz der Siegesgewißheit würdevollen Haltung; es sei die Sprache jener, welche berufen die Lenkung der Staatsgeschicke zu übernehmen, ohne jedoch die Reigung des Herrenhauses, den Grafen Potocky an die Spitze eines neuen Ministeriums stellen zu wollen, zu durchkreuzen, denn die Verständigung mit den Polen bilde den Angelpunkt der unbedingten nöthigen Verfassungsrevision. Weiters hebt die „Presse“ lobend hervor, daß der Reichsrath von den Landtagen unabhängig gestellt werden soll, und daß die Adresse die Nothwendigkeit eines freundschaftlichen Verhältnisses zu Deutschland betont.

Die „N. Fr. Presse“ schließt aus den Äußerungen des Stellvertreters des preussischen Bundeskanzlers von Thile über die russische Kündigung d. s. Pariser Vertrages, auf das Bestehen geheimer Abmachungen zwischen Preußen und Rußland und bedauert, daß sich Preußen in Folge dessen den Protestnoten der übrigen Mächten nicht angeschlossen hat.

Der „Wanderer“ warnt das Abgeordnetenhaus die Wahlen in die Delegationen früher vorzunehmen, als das Ministerium Potocky-Taaffe-Petrino beseitigt, freilich sei es kaum zu glauben, daß das gegenwärtige Ministerium nach dem Mißtrauensvotum des Herrenhauses im Amte bleiben könnte, möglich sei es dennoch. Der Adressentwurf gebe die Mittel an, welche aus der gegenwärtigen mißlichen Lage den Staat zu befreien geeignet; nur müsse der Majorität des Hauses die Möglichkeit geboten werden, was sie gerathen, praktisch durchzuführen.

Das „N. W. Tagblatt“ erklärt, wenn Oesterreich in dem gegenwärtigen Konflikt in Oriente aktiv eingreifen solle, ein solches Eingreifen, welches im Interesse Englands gelegen und nur mit dessen Hilfe durchführbar, dieses auch die Kosten in Form von zu zahlenden Subsidien tragen müsse. Nach der Ansicht dieses Blattes sind bereits diesbezügliche Anfragen und Zusicherungen an Oesterreich gestellt worden und daher eine Einberufung der Reserven wahrscheinlich.

Politische Uebersicht.

Inland.

(Wien.) In gut unterrichteten Kreisen hält man den Rücktritt des Ministeriums, nachdem das Herrenhaus die Adresse angenommen hat, noch vor der Annahme der Adresse des Abgeordnetenhauses für gewiß; möglich ist es, daß Potocky abermals mit der Bildung eines Kabinetts von der Krone betraut wird.

Nach Mittheilungen von sonst gut unterrichteter Seite soll eine Quadrupelallianz zwischen der Türkei, England, Italien und Oesterreich gegen Rußland geplant werden und der Keim einer solchen liege in den identischen Noten, welche in der orientalischen Frage von den gedachten Mächten nach Petersburg gesendet wurden.

Es soll in denselben dem Gedanken Ausdruck gegeben werden, daß Rußland die Türkei und Oesterreich bedrohe, England insultire.

Die „Wiener Abendpost“ dementirt die Gerüchte über den Ersatz des Grafen Beust durch Andrássy in einer Weise, daß zwischen den Zeilen die vollkommene Uebereinstimmung dieser beiden Staatsmänner hinsichtlich der gegenüber Rußlands einzuschlagenden Politik zu lesen ist.

Ein weiteres Dementi dieses Blattes betrifft die militärische Vorbereitung in Oesterreich Angesichts der gegenwärtigen politischen Lage, über welche unter andern galizische Blätter berichtet hatten; das offiziöse Organ erklärt ohne die Thatsachen entschieden in Abrede zu stellen, den Organen der Presse in Bezug auf derartige Gerüchte die größte Vorsicht empfehlen zu müssen.

(Laibach.) Das dortige Tagblatt bespricht einen Artikel des „Sl. N.“ und zitiert aus demselben folgende bezeichnende Stelle:

„Wenn aber auch Beust und seine Diplomaten mit den Waffen Rußland zu Leibe wollten, so haben uns ja soeben unsere Politiker bewiesen, daß Oesterreich nach allen Seiten hin neutral bleiben müsse, und wenn es nicht neutral bliebe, so werden unsere maßgebenden Kreise wissen müssen, daß die slavischen Völker Oesterreichs, d. h. die Mehrtheit seiner Einwohner, in diesem Augenblicke sympathisiren werden mit den russischen Stammesbrüdern, und daß sie verstehen werden, ihre Sympathien mit mehr Nachdruck zu bezeugen, als unsere Deutschen gegen Deutschland sie betätigt haben.“

(A. u. Lemberg) schreibt man dem „W.“: Die Anhänger der Soluchowetschen Politik,

Wiederherstellung Polens unter österr. Herrschaft, halten den jetzigen Zeitpunkt für die Verwirklichung ihrer Pläne günstig; sie erklären, man müsse sich für den Krieg vorbereiten um Oesterreich energisch unterstützen zu können; es sollen demnach Vorbereitungen für die Insurgirung getroffen werden; manche wollen sogar wissen, daß die angeblich noch bestehende nationale Regierung Polens in London und New-York bereits zu diesem Behufe Bewehre ankaufen lasse.

(West.) Die Eröffnung der Sitzung der Delegationen soll nach dem „Estilap“, welcher übrigens die kriegerische Sprache der übrigen Presse tadelt, auf den 26. Nov. verschoben sein.

(Freitagssitzung.) Der Finanzminister Kerkapohi sagt in Beantwortung der Interpellation Pedenyi in Angelegenheit der Anleihe von 15 Millionen im Wesentlichen Folgendes: Allerdings liege eine Gesetzesübertretung vor, allein die Regierung hatte nur die Wahl zwischen einer solchen oder der Uebergehung des Parlamentarbeschlusses, welcher besagte, die Monarchie solle neutral, aber gesichert den Eventualitäten gegenüberstehen.

Die Sicherheit des Vaterlandes erforderte die Umgehung des Gesetzes und die Regierung hoffte, das Parlament werde es billigen, wenn die Regierung, um die Monarchie nicht von der Gnade irgend einer Macht abhängig zu machen, größere als durch das Gesetz bestimmte Ausgaben mache.

Pedenyi beruft sich auf den Vorlaut des Gesetzes und fordert die Majorität auf, dem von ihr selbst geschaffenen Gesetze Geltung und Achtung zu verschaffen.

Er beantragt folgende motivirte Tagesordnung: Das Haus nimmt die Antwort zur Kenntniß und erklärt zugleich, daß es die Gültigkeit der Anleihe für Ungarn nicht anerkenne.

Kerkapohi widerlegt kurz und schlagend Pedenyi, worauf beschlossen wird, diese Angelegenheit morgen bei namentlicher Abstimmung zu erledigen.

Kerkapohi übertricht einen Gesetzentwurf, wornach die Regierung ermächtigt wird, die bisherigen Steuern auch für das Jahr 1871 einzuhoben.

Ausland.

(Berlin.) Die „N. A. Z.“ meldet, daß Baden, Hessen und Württemberg bereits den Vertrag bezüglich des Eintrittes im Nordbund unterzeichnet haben.

Bismarck soll, wie wir der gleichen Quelle entnommen, dem englischen Abgesandten gegenüber jedes Einverständnis mit Rußland hinsichtlich der pontischen Frage in Abrede gestellt haben.

Die Wahlen sind beendet, bei der Menge der Neuwahlen läßt sich das Resultat nicht genau überblicken; die Rechte und Linke dürften sich das Gleichgewicht halten; die Ultramontanen hingegen haben viele Kandidaten durchgebracht; nachdem die Polu in konfessionellen Fragen mit ihnen stimmen, ist dieses Resultat sehr bedenklich; die „Spenerische Zeitung“ meldet positiv, daß der König von Baiern nicht nach Versailles geht.

Die „Kölnische Ztg.“ nimmt für Rußland entschieden Partei; nachdem dieses Blatt Inspirationen aus der Kanzlei des Bundeskanzlers erhält, ist diese Aeußerung sehr bezeichnend.

(München.) Die hiesigen Offiziösen stellen die Einmischung Oesterreichs in die Verhandlungen bezüglich der deutschen Verfassungsfrage entschieden in Abrede, um so richtiger dürften die Angaben sein, welche Baierns Widerhartigkeit auf Rousische Einflüsterungen zurückführt.

(Rom.) Dortige Blätter stellen die Absicht des Papstes Rom zu verlassen, in entschiedener Weise in Abrede, er soll sich mit literarischen Arbeiten befassen, sogar Artikel für ultramontane Blätter verfassen.

Lamarmora soll wegen anhaltenden Zerwürfissen mit der dortigen Regierung um die Enthebung von seinem Posten angefleht haben.

(London.) Staudart bringt die Analyse der Depesche Granvilles an das Kabinet von Petersburg. Nachdem derselbe den Inhalt des Birkulais recapitulirt, schreibt er:

Rußland beschränkt sich zwar auf eine theilweise Loslösung von Traktaten, es maßt sich jedoch dadurch das Recht einer totalen Loslösung

an. Dieses Recht besitzt keine einzelne Traktatsmacht, sondern bloß sämmtliche Unterzeichner des Traktats. Die Wirkung der gegenwärtigen russischen Doktrine sei Zerstörung der Wesenheit sämmtlicher Verträge.

England empfing die russische Note mit tiefem Bedauern, denn sie eröffnet eine Diskussion, welche das bisherige herzliche Einvernehmen stören könnte. England kann aber aus obigen Gründen den durch Gortschakoff angekündigten Schritt in keiner Weise sanktioniren. Es kann nicht zugehen, daß eine Traktatsmacht eigenwillig den Traktat renoviren dürfe. Hätte Rußland statt seiner jetzigen Deklaration den Traktatsmächten begründete Vorstellungen bezüglich einer Revision des Traktates gemacht, sie wären nicht abgelehnt und die Gefahr einer künftigen Komplikation und eines sehr gefährlichen Präcedenzfalles betreffs der Gültigkeit internationaler Verbindlichkeiten wäre vermieden worden.

Die Morgenblätter sprechen sich scharf gegen die russische Note aus, am schärfsten die „Times“, welche die Note Granville's durchaus billigt.

Die „Times“ erachtet eine Kongress-Verufung während des französisch-deutschen Krieges für unausführbar, sie erwartet ein Zusammenhalten sämmtlicher Traktatsmächte gegen Rußland und empfiehlt als Traktatspflicht die Zerstörung etwaiger traktatswidrig im Schwarzen Meere auftauchender russischer Schiffe.

(Petersburg.) Das Amtsblatt veröffentlicht ein kaiserliches Dekret, welches den Kriegsminister beauftragt, einen Gesetzentwurf über die Armee-Reserve und Ausdehnung der Militärpflicht auf sämmtliche Stände unter gewissen Beschränkungen anzuarbeiten.

Vom Kriege.

Ein Privattelegramm der „N. Post“ aus München lautet:

„Aus Versailles hier eingetroffene Meldungen bezeichnen die Kapitulation der von General Paladine befehligten Loire-Armee als nahe bevorstehend. Die Umgehung derselben durch Truppenmassen vom Korps des Prinzen Friedrich Karl sei so weit gelungen, daß binnen Kurzem die Loire-Armee in ähnlicher Weise eingeschlossen sein werde, wie die Mac-Mahon's bei Sedan.“

Sollte sich diese Nachricht bestätigen, dann wäre wohl die letzte Hoffnung Frankreichs, so schwach dieselbe auch gewesen sei, gründlich geschwunden.

Aus dem Hauptquartier wird vom 11. d. M. gemeldet, daß sich die West-Armee der Franzosen unter Kératry mit der Loire-Armee nach abgefangenen Briefen bis längstens 20. Nov. sich zu vereinigen gedenkt.

Um dies zu verhindern, wurden drei Divisionen gegen Alcon und Mamers abgesendet. General Manteuffel hat den Befehl erhalten, seinen Marsch zu beschleunigen, um die Linie Amiens-Rouen und Beauvais-Compiègne unter Rücksicht auf die Besatzung der rückwärtigen Departements zu erreichen.

Marburger- und Provinzial-Nachrichten.

Marburg, 19. November.

(Gemeindeausschuss-Sitzung am 17. Nov.)

(Schluß.)

Für die 4. Sektion beantragt G.-A. Dr. Kogmuth, daß für die Kreditoperation zur Herbeischaffung der Geldmittel für den Schulhausbau und die vermehrten Lehrergehälter ein Komitee aus 9 Mitgliedern gewählt werde, unter welchen die ganze Finanzsektion, und daß diesem Komitee auch die Berathung des Präliminars für 1871 übertragen werde.

Der Antrag wird angenommen und in das Komitee gewählt die Herren Marko, Köchnig, v. Kriehuber, Dr. Reiser, Glucher.

Auf Antrag der 5. Sektion werden drei Gasthauskonzessionen bewilligt, zwei solche Gesuche abgewiesen.

Der Protest, welchen die Gemeinde St. Martin gegen die Vermehrung der Viehmärkte in Marburg (es soll künftighin an jedem ersten

Montag jedes Monats ein solcher sein) bei der Statthalterei eingereicht, wird dahin beantwortet, daß dieser Gemeinde dadurch gar kein Schaden zugefügt werde, indem in 30 Jahren kaum dreimal ein Zusammenreffen stattfinden werde.

Ueber die Polizeimontirung wird beschlossen, daß künftighin Blousen statt der Waffenröcke, wie bei der Sicherheitswache in Graz eingeführt werden.

Gegen Abschluß von ordentlichen Lieferungsverträgen wird die Lieferung der Mäntel, Blousen, Hosen und Gilet dem Hrn. Kahn, des Schuhwerkes dem Hrn. S.-Wolf, der Kappen dem Hrn. Schnurer, der Handschuhe und Kravaten dem Hrn. Gutbrunner überlassen. Die Tragzeit für die Mäntel soll vier Jahre betragen. Die Bekleidung wird per Jahr und Mann auf 60 fl. kommen.

In das Komitee wegen Herbeischaffung eines Exerzierplatzes wird statt des ausgeschiedenen Hrn. Bancalari der neue Bürgermeister gewählt.

Die Bimentirungsangelegenheit wird nach längerer Debatte der 5. Sektion zur nochmaligen Berathung zurückgegeben, damit dieselbe ein ordentliches Bild des ganzen Bimentirungsamtes und der Verpflichtungen der dazu zu bestellenden Persönlichkeit entwerfe und so vor den Ausschuss bringe.

G.-A. Glucher referirt über die Gasfrage; er sagt, daß am 15. d. der letzte Termin abgelaufen und noch nichts geschehen sei; es wird zunächst beschlossen, daß die Polizei über das Brennen der Lampen strenge Rapport abzustatten habe und auf dem Stadtmate ein Buch darüber zu führen sei; die Nummerirung der Laternen sei durchzuführen und ein Photometer anzuschaffen.

Der Referent glaubt, es fehle dem Gasunternehmer ebenso sehr an den Mitteln als an dem Willen, den Kontraktbedingungen nachzukommen; er beantragt, es seien zwei Vertrauensmänner zu wählen, welche die Gasanstalt taxiren, damit dieselbe eventuell in die Hände der Gemeinde und durch diese an andere Unternehmer komme.

Diesem letzteren Antrage opponiren besonders die G.-A. Marko und Dr. Kogmuth.

Es wird beschlossen, energisch mit den kontraktlichen Strafgebern vorzugehen, und werden für das Nichtbrennen von 49 Laternen am 15. d. M. 98 fl. und für das Nichtbrennen von 201 Laternen am 16. d. M. 402 fl. als verfallenes Pönale erklärt.

G.-A. Ködler referirt noch über die Regulirung und Kanalisierung der Burggasse; der Voranschlag betrage 1732 fl., die Beiträge der Hausbesitzer 776 fl. (eventuell 72 fl. mehr), so daß für die Gemeinde eine Daranzahlung von 956 Gulden ohne Pflasterung bleibt; wird angenommen und beschlossen, die Vorarbeiten für Regulirung des Burgplatzes in Angriff zu nehmen.

(Die Angelobung) des Bürgermeisters Dr. Reiser findet Montag den 21. um 11 Uhr Vormittag in der Rathstube statt.

(Das städtische Leudgefälle) ist auf die Zeit vom 1. Jänner 1871 bis letzten Dezember 1870 zu verpachten; die betreffenden Bedingungen können im hiesigen Stadtmate eingesehen werden.

(Von der Universität in Graz.) Das Professorenkollegium der philosophischen Fakultät hat beschlossen, dem Dichter Grillparzer zur Feier seines 80sten Geburtstages das Diplom eines Ehrendoktors der Philosophie zu verleihen. Es wurde an das Ministerium für Kultus und Unterricht die Bitte um Bestätigung dieses Beschlusses gestellt.

(Bildungsanstalten für Lehrer und Lehrerinnen in Graz.) Der Landesausschuss hat neuerlich die Zahl der Stipendien an den beiden Anstalten um vier erhöht, so daß nun von Seite des Landes vierzehn Stipendien zu hundert Gulden bestehen. Nachdem von den im vorigen Schuljahre stipendierten zehn Böglingen zwei der Stipendien verlustig wurden, sind gegenwärtig zusammen sechs Stipendien neuerdings zu vergeben. Jeder Stipendist verpflichtet sich, nach dem Austritte aus der k. k. Bildungsanstalt, durch sechs Jahre hindurch sich dem Leh-

rer-Berufe zu widmen, oder die erhaltene Summe wieder zurückzugeben.

(Militär-Vorbereitungskurs.) Mit Anfang des Monats November wurde in Graz ein Militär-Vorbereitungskurs eröffnet werden, in welchem junge Herren, welche als Einjährig-Freiwillige oder als Kadeten in die Armee treten wollen, und Aspiranten von Reserve- oder Landwehroffiziers-Stellen den für die vorgeschriebenen Prüfungen nöthigen gründlichen Unterricht erhalten. Gründer und Leiter dieses bei der jetzt allgemeinen Wehrpflicht höchst zeitgemäßen Unternehmens sind Oberlieutenant v. Wittmann und Professor Dr. Retollezka, beide durch wissenschaftliche Bildung ausgezeichnete, seit Jahren im Lehramte bewährte Männer, deren Tüchtigkeit für das Gedeihen dieser Anstalt bürgt.

Gerichtshalle.

(Verbreitung verbotener Druckschriften.) Angeklagt der Verbreitung verbotener Druckschriften erscheint der Einwandhändler und Musikus Wenzel Ezerweny, und zwar auf Grundlage des folgenden in der Anklage entwickelten Thatbestandes:

Am 22. Juli d. J. wurden die Narodni Listy mit Beschlagnahme belegt und zugleich die Konfiszierung der Post-Exemplare telegraphisch angeordnet.

Auf diese Weise gelangte auch aus Gitschin ein Paket der genannten Zeitschrift in die Hände der Polizei-Direktion, und unter anderen Exemplaren der Narodni Listy auch ein solches, welches zur Umhüllung anderer Papiere diente.

In dem betreffenden, an „Wenzel Ezerweny in Eisenstadt“ adressirten Exemplare fand sich nämlich eine Nummer der Tags zuvor konfiszirten Zeitschrift „Slovan“ und außerdem ein offenes Schreiben Ezerweny's an seine Gattin vor, welches die Worte enthielt:

„Den Slovan lasse lesen, aber hebe ihn auf, weil er konfiszirt ist.“ Diese Sendung, des damals in Prag anwesenden Ezerweny führt ihn heute wiederum hierher vor Gericht.

Nachdem der Angeklagte in kurzen Worten die böse Absicht in Abrede gestellt, läßt der Verteidiger Dr. Szjzel konstatiren, daß das Kreuzband der betreffenden Nummer der Narodni Listy nicht mit einem gewöhnlichen Zeitungstempel, sondern mit einem Poststempel versehen war, und fährt dann fort:

„Da ein mit einem Poststempel versehenes Kreuzband einem Briefcouvert gleich erachtet wird, so erblicke ich in der Eröffnung der inkriminirten Sendung, welche ohne Hinzuziehung des Herrn Ezerweny, seiner Gattin oder einer Gerichtsperson stattgefunden hat, eine gesetzwidrige Verletzung des Briefgeheimnisses, welcher sich Jedermann schuldig macht, der von dem Briefe Kenntniß nimmt. Ich protestire daher gegen die Verlesung des Briefes und werde, falls meinem Protest nicht stattgegeben wird, sofort die Klage wegen Verletzung einbringen.“

Der Staatsanwalt macht dagegen geltend, daß der Brief zu Gerichtszwecken ans Gericht gelangt sei, daß auf demselben die Untersuchung ruhe, und daß er demgemäß als ein Beweisinstrument der Schlussverhandlung zu betrachten sei. Er beantragt sofortige Verlesung des Briefes.

Der Gerichtshof beschließt die Verlesung.

Dr. Szjzel wiederholt seinen Protest und erklärt, die vorerwähnte Klage einbringen zu wollen. Er macht weiters darauf aufmerksam, daß Herr Ezerweny die konfiszirte Zeitschrift an sich selbst adressirt, an sein eigenes Haus abgesendet habe.

Der Angeklagte gesteht seine damalige Anwesenheit in Prag, sowie den ganzen Vorgang ein und bemerkt nur, daß ihm bei der Abfassung des Briefes ein Irrthum zugestossen sei. Er schrieb fälschlich „doj prociat“, während er eigentlich „nodoj prociat“ schreiben wollte.

Der Staatsanwalt beantragt eine Geldstrafe von 30 fl., eventuell sechstägigen Arrest.

Der Verteidiger legt das Hauptgewicht darauf, daß eine konfiszirte Zeitschrift, wenn sie vor Bekanntmachung der Konfiskation in den Besitz einer Person gelangte, als deren Privat-Eigentum zu betrachten sei. Eine Verwahrung der Zeitschrift im eigenen Hause sei keine Verbreitung.

Der Gerichtshof spricht Herrn Ezerweny nichtschuldig; denn das Gesetz, welches die Verbreitung konfiszirter Zeitschriften verbietet, versteht unter „Verbreitung“: den Verkauf, Verschleiß oder die Vertheilung einer Zeitung.

Keiner dieser Fälle aber trifft zu, wenn jemand eine konfiszirte Zeitschrift einer einzelnen Person zu lesen gibt.

Vom Büchertisch.

(Ideen zur Psychologie der Gesellschaft von Jos. Lindner. — Gröb, Wien, 1870.) Dieses gediegene Buch entwickelt die Grundzüge einer neuen Wissenschaft, welche als eine Art „politischer Psychologie“ das geistige Seitenstück der Nationalökonomie bildet, indem sie die „Gesellschaft“ als Gesamtmenschen unter dem Gesichtspunkte des Vorstellens und Wollens ebenso in's Auge faßt, wie es die Volkswirtschaftslehre in Bezug auf die materiellen Funktionen der Arbeit und des Verbrauches thut. Die umfangreiche Schrift, welche zu allen politischen und sozialen Fragen der Gegenwart Stellung nimmt, ist kein trockenes, gelehrtes Kompendium, sondern ungeachtet der neuen, streng wissenschaftlichen Gesichtspunkte in einem freien jedem Gebildeten zugänglichen Style gehalten.

Geschäfts-Zeitung.

Wien, 17. November. (Getreidebericht.) Das Geschäft ist in Grösse ruhiger geworden, in Korn und Hafer ist es jedoch in Folge der politischen Situation bedeutend animirter, und werden einige umfassende Posten in Korn zu fl. 4-4.10 ab Wien verkauft. Hafer wurde per Dezember-Januar ab Wien fl. 5.15 geschlossen. Weizen ist in Folge schlechter Zufuhren um 10 bis 15 kr. höher gehalten, und sind für die Schweiz, Süddeutschland, sowie Böhmen noch immer zu höchsten Preisen Nehmer. Bohnen zu fl. 5.25 gerne prompt genommen.

Feuilleton.

Der Oberlehrer.

Von
Emma Riendorf.

VI.

„Nach diesem pädagogischen Ausbruche schwieg ich eingeschüchtert, um so mehr, da ich die Hartnäckigkeit meines Herrn Schwagers und sein starres Festhalten an einer gefassten und ausgesprochenen Meinung sowohl, als die zähe Strenge des Erziehungsmanne kannte.“

Auch hegte ich natürlich vor seiner Sturheit den allergrößten Respekt und versuchte es bereits, in Betracht dieser Autorität, mich selbst zu bereben, daß wir beide, ich und die Dienerin, einander vielleicht mit Fieberträumen möglicherweise konnten angesteckt haben.

Ja ich warf denselben völlig hinter mich, als nach Tisch der Schwager mit ungewöhnlicher Galanterie mich einlud, Hut und Tuch zu holen und ihm zu einem für die Herbstferien geeigneten Besuche in der Umgegend bei mehreren auf herrschaftlichen Besitzungen angestellten Beamten zu folgen.

Das Einspännen rollte mit uns in die blaue Welt hinein, die sich im goldigen Sonnenlichte badete.

In der klaren durchsichtigen Luft breiteten sich die Landschaften hin und alles eilte froh und beladen den Segen des Jahres noch heimzutragen.

Wir lehrten in keinem Gasthose ein. Der Kaffee wurde in einem Pfarrhause getrunken.

Der Verwalter des gräflichen Schlosses, das sich mitten in einem Thale auf grünem Bergfelge weißschimmernd thürmt, ließ uns das Innere aufschließen, nachdem er uns in den Gärten umhergeführt hatte, wo wir die Anlagen, die Glashäuser, am meisten aber die Aussicht über nahe Waldhöhen in eine grenzenlos duffige Ferne bewunderten, der sich die Sonne bereits entgegen neigte, um in die blauen Bergwogen unterzutauchen.

Mehr als ein paar Säle und die Prunkzimmer, aus denen uns eine dampfe Luft wie Vergangenheit anhauchte, zogen mich die Wohngemächer der Gräfin an, gerade zu ihrer bevorstehenden Ankunft frisch bereitet.

Hier sprach traulich das Leben, das Leben von heute, von morgen.

Ich blieb fast in jeder Fensternische sitzen. Ohne allen Luxus, war gerade die im Ganzen ausgeprägte Einfachheit der feinste Aufwand des guten Geschmacks.

Viele behagliche Einrichtungen und zierliche Dinge überraschten mich damals als Neuigkeiten, denen ich erst später wieder begegnete.

„So kam ich mit einer Fülle mich umschwirrender Eindrücke auf das heiterste zerstreut und angeregt Abends zurück nach Hause und hatte genug mitzuthemen und zu schildern. Die paar Stunden flogen nur so hin.“

Wie uns ein im vielstimmigen Geräusche und bunten Glanze des Tages vergessener Traum, auf den wir uns nicht einmal gleich Morgens beim Erwachen deutlich besinnen konnten, beim Schlafengehen, im Augenblicke, wo wir unser Haupt auf die Kissen senken, unvermuthet durchblüht, so überfiel mich erst beim Niederlegen, aber plötzlich, wie ein Fieberfrösteln, der Gedanke an das Begegniß in unserer Stube.

(Fortsetzung folgt.)

Original-Privat-Telegramme.

Berlin, 19. November. Die „National-Zeitung“ hat ein Telegramm aus München, dem zufolge die Verhandlungen in Versailles glücklich beendet sind. Die neuen Verträge werden in den allernächsten Tagen unterzeichnet (V).

Baiern wird in den neuen deutschen Bund eingezogen auf Grund wesentlicher Veränderungen der norddeutschen Bundesverfassung, durch die sein Verhältniß geregelt wird.

Brüssel, 19. November. Eine Londoner Depesche der „Independance“ sagt: Die englische Regierung sei entschlossen, Rußland die Spitze zu bieten, die öffentliche Meinung zwingt sie dazu.

London, 19. November. „Standard“ sagt: Die Türkei ist zu entschiedenem Widerstande entschlossen und trifft große Kriegsvorbereitungen.

Die „Times“ schreiben: Man wird Rußland nicht gestatten, die gegenwärtigen Verwicklungen noch zu vermehren. Rußland hat nun den Standpunkt eines allgemeinen Feindes angenommen.

Der „Standard“ sieht keine Chance für eine friedliche Lösung und verlangt von England, sich sofort zum Kriege vorzubereiten. „Daily News“ melden aus Petersburg, 17. November: Man schreibt uns, daß die schwebende Streitfrage sich friedlich beilegen lassen könne; nichtsdestoweniger ist Rußland in Bereitschaft, wenn der Krieg notwendig ist. Das-ibe meldet aus Berlin 17. d.: Man gibt zu, daß Rußland und Preußen im Kriegsalle kooperiren werden.

Brüssel, 19. November. Das „Echo de Luxembourg“ enthält ein Telegramm von der französischen Grenze unterm 17. d., welches meldet: Die Preußen halten beinahe die ganze Grenze zwischen Longwy und Montmedy besetzt und stehen zwei Kilometer von unserer Stadt entfernt. Die Belagerung der beiden genannten Plätze stehe nahe bevor. Etwa 100 Mobilgardisten von Montmedy wurden bei Chauvency überrascht, verloren einige Tödt und eine ziemliche Anzahl Gefangener.

Berlin, 19. Nov. Berichte aus Versailles melden, daß daselbst am 15. die Nachricht eintraf, daß feindliche Streitkräfte sich bei Dreuz gezeigt hatten. Die 6. Kavallerie-Division (Rheinbaben) zog mit Landwehr-Infanterie denselben entgegen, um zu konstatiren, ob dieselben der Voire-Armee oder den Truppen Keratyn's oder Bourbaki's angehören. Prinz Friedrich Karl traf am 15. in Stampes ein.

Berlin, 19. Nov. Offiziell. Der König an die Königin, Versailles, 18. Nov. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin hat gestern den Feind auf der ganzen Linie bei Dreuz zurückgeworfen. Generallieutenant Treskow, der momentan die 17. Division kommandirt, hat mit geringem Verlust Dreuz genommen, viele Gefangene gemacht. Die Verfolgung findet in der Richtung von Le Mans statt.

